**Zeitschrift:** Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

**Band:** 11 (1931-1932)

**Heft:** 11-12

Rubrik: Politische Rundschau

#### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

#### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF: 26.11.2025** 

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Welches "Wort" sollen sie auch verkündigen? Philosophie? Naturwissenschaft? Dichtung? Poesie? In dem allem wäre nur dann Religion, wenn es Sehnsucht nach Gott wecken oder Wege zu Gott weisen könnte. Das wird selten genug der Fall sein. Und von den Zuhörern werden die Christen nach wie vor Bibeltexte verlangen, die Freigeister Darwin oder Nietssche, die Materialisten Haeckel und die Gottlosen Lenin.

Und bas Gebet?

Man darf sich nur neben dem christlichen Gebet etwa einen Haeckelsichen Kernsatz oder eine bolschewistische Phrase denken, um den Widersinn der Wortfreiheit für die Kirche in aller Schärfe zu empfinden.

Nein, es ist nichts damit.

Die Rirche wird nur mit der Bibel leben und an ihr sterben.

Und die kommende Menschheit muß Gott auf andern Wegen suchen, ob sie will oder nicht. Das neue "Wort" darf nicht starr und dogmatisch sluchen oder segnen, strasen oder seligkeitstrunken verheißen. Es muß ein lebendiges, wachsendes Wort sein: Erkennen, nicht in auflösender Zergliesderung, sondern im tiessten Sinne aufbauend und zusammenschauend, Erstennen auch der Grenzen, wo das Wissen aufhört und das Ahnen beginnt, wo der Schrei aller Kreatur in die Ewigkeit ruft und sehnsüchtig auf eine Antwort wartet . . .

Dieses Wort bedarf auch keines Berkünders, weil alle es erleben und seiner Wahrheit inne werden, alle an seiner Bereicherung mitarbeiten. Es altert nicht und stirbt nicht, weil es sich mit jeder Jugend erneuert und in jedem jungen Herzen wiedergeboren wird.

# Politische Kundschau

### Schweizerische Umschau.

Der Zusammenbruch einer illusionären Politik.

"Falls die japanischen Generalstäbler gehofft haben, ein eigenes Spiel in der Mandschurei spielen zu können, so ist diese Hossung bereits gründlich enttäuscht worden". "Ein Streitfall, der vor dem Bestehen des Bölkerbundes sast unvermeidlich zum Krieg geführt hätte, ist durch die Aktion des Bölkerbundsrates der fried lichen Regelung entgegengeführt worden". Derartige Borschußlorbeeren spendete man dem Bölkerbund in unserer Presse im vergangenen Oktober und Rovember. Heute kann man das Gegenteil davon hören. Da ist zu lesen von einer Diplomatie, die im Bölkerbundsrat den japanisch-chinesischen Konsslikt fünf Monate lang in einer Beise behandelt habe, "deren die Welt allmählich satt geworden ist". Ober von der Resolution der eben vertagten außerordentlichen Bölkerbundsversammslung, sie sei eine "brauchbarc Aussslucht und Entschuldigung", von der "selbst die Bertreter der sanstessen Küchtung" empfänden, daß "damit der Lage, die in der Mandschurei und um Schanghai besteht, nicht wirtlich Genüge getan wird" (NBB.). Wir hatten im sehten Rovember geschrieben, daß es sich bei der Stellungnahme

zum ostasiatischen Konflikt weniger um eine Bewährungsprobe bes Bölkerbundes handle — weil der Bölkerbund sich ja überhaupt noch in keiner ihm übertragenen Aufgabe wirklich bewährt habe —, als vielmehr um eine solche seiner einzelnen Anshänger. Haben diese die Bewährung nun bestanden, indem sie heute nicht mehr Dinge sehen, die nicht sind, und Dinge, die sind, nicht sehen wollen?

Der Bölkerbundsrat wehrte sich anfänglich gegen die Einberufung einer außerorbentlichen Bersammlung, indem er versuchte, China jum Rudzug seines Ginberufungsantrages zu veranlassen. Nachbem sie unvermeiblich mar, unternahm er selbst wenige Tage vor ihrem Zusammentritt eine neue Attion — die Einberufung einer Rundtisch-Konferenz in Schanghai, die die Bersammlung, wenn nicht überflüffig machte, fo fie boch auf bestimmte Richtlinien festlegte. Schlieglich wurde im letten Augenblick auch noch versucht, den Versammlungsbeginn mit dem Hinweis auf eine neue Tatsache — die angebliche Einstellung der Feindseligkeiten — hinauszuschieben. Als die Versammlung dann tagte, konnte ber Redeeifer ihrer Mitglieder sich ungehemmt entfalten. Nur beschließen durfte sie nichts, mas ben im Rate tonangebenden Mächten nicht genehm war. So vertagte sie sich schließlich, nachdem fie zwei Resolutionen gefaßt hatte, von benen bie eine die friegführenben Parteien zur Ginftellung ihrer Feindseligkeiten "einladet", die am Streitfall interessierten Großmächte um Zustellung zuverlässiger Nachrichten "ersucht" und, nach Beendigung ber Reinbseligkeiten, Die Ginleitung von Berhandlungen "empfiehlt", die bestimmt seien, den Rückzug der japanischen Truppen zu regeln. Bon ber Berletung des Bölkerbundsvertrages und anderer internationaler Bestimmungen, der Feststellung eines Angreifers, der Nichtanerkennung gewaltsam eroberten Gebietszustandes kein Wort. In der zweiten Resolution wird allerdings auf letteren Buntt angespielt und "erklärt", daß "die Mitglieder des Bölferbundes gehalten find, feine Lage, feinen Bertrag und fein Abkommen anzuerkennen, bie erzielt werden könnten burch Mittel, die im Widerspruch zum Bolferbundspatt stehen". Aber auch bas ift nicht die Reststellung, bag eine folche Lage besteht, bie durch Mittel geschaffen worden ift, die im Widerspruch zum Bolferbundspatt stehen. Dafür enthält die Resolution ben Beschluß, ein Komitee aus 19 Mitgliebern einzuseben, bas aus ben zwölf Ratsmitgliebern (außer ben Streitparteien) und sieben Mitgliedern der Versammlung besteht. Also eine Rommission mehr, von ber man zum voraus weiß, daß sie nichts anderes tun wird, als was ber Rat auch getan, bezw. nicht getan hat. Bas vom Bertreter Frankreichs und Englands in ber Bersammlung selbst vorgebracht worden ist: bas bisherige Borgehen bes Rates sei das einzig richtige; auch die Bersammlung habe sich nicht über die sachlichen Grundlagen des japanisch-chinesischen Streitfalles auszusprechen; im übrigen könne, solange eine Untersuchung schwebe, nicht geurteilt werben, und was der Ausflüchte mehr sind - all das hat die Versammlung getreulich bestätigt und befolgt und bamit ben erneuten Beweis geliefert, daß sie fein Organ mit eigenem Willen, fonbern ein bloges Bertzeug ber im Rate sitenden Grogmächte ift.

Wieso ist es denn überhaupt zu dieser außerordentlichen Bersammlung gekommen? Auch China, das den Antrag dazu gestellt hatte, wird sich nie der Täuschung hingegeben haben, daß machtmäßig die Bersammlung mehr ausrichten könnte als der Kat und von ihr eine unmittelbare Einwirkung auf den Gang der Ereignisse zu erwarten sei. Für China bedeutete denn auch ihre Einberufung lediglich ein Glied in einem diplomatischen Kamps, der neben den kriegerischen Auseinandersezungen von Ansang an einherging. Die Bölkerbundsversammlung als die oberste Instanz, die es heute im zwischenstaatlichen Leben gibt, sollte, wie es Wortlaut und Geist des Bölkerbundsvertrages sordern, seststellen, wer in dem tatsächlich in Ostasien bestehenden Krieg der Angreiser war, bezw. die internationalen Pflichten verletzt hatte und, wenn der Bölkerbund auch machtmäßig dieser Berletzung nicht wirksam entgegentreten konnte, wenigstens allen Eroberungen des Angreifers die Rechtmäßigkeit und künftige Rechtsgültigkeit absprechen und damit Chinas künftigen Rechtsanspruch auf diese Gebiete sicherstellen.

Unterstützung fand die Absicht Chinas vor allem bei den in der Versammlung vertretenen Mittel- und Kleinstaaten. Bestimmend war für diese dabei einmal die Sorge um das Ansehen und den fünstigen Weiterbestand des Völkerbundes. Begnüge sich die Versammlung diesmal mit halben Maßnahmen, dann werde der Völkerbund künstig zu bestehen aushören. Solche und ähnliche Außerungen besam man zahlreich zu hören. Es war aber auch die Sorge um das, was man als Sieg des Rechts über die Gewalt durch Errichtung des Völkerbundes bezeichnet hatte und wovon gerade die Kleinstaaten einen wirksameren Schutz ihrer staatlichen Sicherbeit erwarteten. Wenn sich der Völkerbund jetzt nicht offen auf Seite des Wehrslosen und übersallenen stelle, bedeute das, daß auch künstig der Wille zur Macht und nicht das durch keine Macht geschützte, unverteidigte Kecht das Jusammensleben der Völker beherrschen und regeln werde.

Man sollte nur eins bedenken: daß der Bölkerbund in den zwölf Jahren seines Bestehens überhaupt noch nie eindeutig die Partei des Schwachen ergrissen, sondern im besten Fall eine Zwitterstellung eingenommen hat, durch die der Schwache und Angegrissen nicht ganz Unrecht besam, die den Starken und Angreiser aber tatsächlich im Genusse sewaltsam errassten Besites beließ. Eupen-Malmedy, Saargediet, Danzig, Oberschlesien, Wilna, Korsu, Ruhreinsall, Zollunion, Mandatsverwaltung, Minderheitenschutz (und vielleicht auch einmal die Genser Zonensordnung) sind Merksteine dieses Beges des Bölkerbundes. Da und dort mögen jeweils Ansäte zum Protest gegen diese Rechtsbeugungen, Pflichtversäumnisse oder Gewalthandlungen vorhanden gewesen sein. Immer aber hat sich die Belt schließlich mit ihnen abgefunden, genau wie sie sich jetzt auch mit den Verhältnissen absinden wird, die Japans Angriss auf China in Ostasien geschaffen hat; es wäre denn, daß diese Verhältnisse von den unmittelbar davon betrossenen Großmächten auf die Dauer als unerträglich empfunden und von ihnen daher bei Gelegenheit mit Gewalt wieder rückgängig gemacht würden.

Weiter sollte man aber bedenken, daß es die Großmächte sind, auf denen die lette Berantwortung dafür ruht, ob der Friede gewahrt oder gebrochen wird, und daß deren Bölker auch allein, oder wenigstens zur Hauptsache, die Opfer und Lasten sür die großen Entscheidungen der Beltgeschichte tragen. In Genf sür Friede, Recht und Sühne gegen den Friedens- und Rechtsbrecher einzutreten, bedeutet, gar wenn der Staat, gegen den man protestiert, eine Macht im sernen Osten ist, noch keine besonders heroische oder opsermutige Politik. Die Begeisterung dafür würde sicherlich auch in unserm Land sehr schnell abnehmen, wenn es ernst damit würde und die Schweiz mit einigen Regimentern Soldaten oder wenigstens mit einem Rostenbeitrag von einem halben Hundert Millionen Franken am Sühnekrieg gegen Japan teilnehmen müßte. Selbst die Beteiligung am wirtschaftlichen Sühnekrieg, die für unsere Exportindustrie möglicherweise den dauernden Berlust des japanischen Absamarktes zur Folge hätte, würde schon als ein sehr schweres Opser erscheinen, dessen Zweckmäßigkeit vor allem in weitesten Kreisen kaum eingesehen würde.

Ein britter Punkt aber muß schließlich noch in Berücksichtigung gezogen werden, wenn man zu einem abklärenden Urteil über die Großmächtediplomatie des letten halben Jahres und, im Zusammenhang damit, über den mangelnden Willen und die Unfähigkeit des Bölkerbundes zu entscheidendem Eingreisen verstehen will. Wären alle am augenblicklichen ostasiatischen Konflikt mittelbar beteiligten Großmächte bereit, es auf einen Austrag der dort umstrittenen Machtfragen mit Waffengewalt ankommen zu lassen, dann hätten wir heute nicht nur einen japanisch-chinessischen Krieg, sondern einen Weltkrieg. Da ein solcher Austrag aber mehreren Weltmächten augenblicklich nicht "paßt", besteht ein starkes Bestreben, den japanisch-

dinesischen Krieg zu lokalisieren. Bekanntlich fehlte es auch im Sommer 1914 nicht an Bemühungen zur Lokalisierung bes östreichisch-serbischen Konflikts. Da aber damals alle in Frage tommenden Grogmächte zum Losschlagen bereit und gewillt waren, ließ sich der allgemeine Krieg nicht verhindern. Die Lage in Oftasien dagegen ist so, daß dort eine Großmacht die augenblickliche Schwäche oder Festgelegtheit anderer Großmächte ausnutt, um ihre Führerstellung in Oftafien und ihre Beltgeltung enticheibend zu erweitern. Dag umgefehrt nicht alle beteiligten Großmächte gegen das Vorgeben Japans sind, geht aus der Wirkungslosigkeit aller bisherigen Bemühungen ber Grofimächtediplomatie zur Beendigung der Zeindseligkeiten zwischen Japan und China hervor. Herrschte nämlich unter allen andern Großmächten Ginigkeit, bann maren sie burchaus im Stanbe, Japan zu einem Aufgeben bes von ihm in Besit genommenen dinesischen Gebietes zu zwingen, wie sie es zulett noch vor zehn Jahren durch den sog. Neunmächtevertrag vermocht hatten. Db ihre Aftion bann als felbständiges Borgeben ber Großmächte, wie 1922, oder, unter Beiziehung der beiden Nichtvölkerbundsgroßmächte Amerika und Rußland, als Bölkerbundsaktion aufgezogen wurde, kame für die Wirksamkeit derselben aufs gleiche hinaus. Den Ausschlag gibt eben, so oder so, nicht das Bestehen oder Richtbestehen eines "Bölferbundes", sondern allein die Rräftelage der Großmächte.

Der Vorwurf, die Sache des Völkerbundes und damit des Friedens und Rechts im Stich gelassen zu haben, ist in jüngster Zeit besonders gegen England ershoben worden. Nun gibt es zweisellos englische Interessen, die durch eine Stärtung Japans gesördert werden. Japan war für England jahrzehntelang der ostsassitische Degen gegen Rußland. Auch bietet ein starkes Japan und, was heute wenigstens noch Hand in Hand damit geht, ein schwaches China sür England die beste Gewähr für das Weiterbestehen seiner chinesischen Einflußzonen. Umgekehrt ist mit dem ungehemmten Emporsteigen der japanischen Weltmacht das Schicksal Australiens als englisches Dominion besiegelt, abgesehen von der Rückwirkung eines immer mehr wachsenden Selbstbewußtseins der Asiaten auf Indien. Welche Erwägungen aber auch für England überwiegen mögen, im Augenblick ist wohl sein stärktes Interesse die Lokalizierung des ostasiatischen Konflikts. Denn in einem erneuten Weltkrieg hat England nur zu verlieren, abgesehen davon, daß ihm das Geld zur Führung eines solchen sehlt. Reuen Besit braucht es nicht; die Verteidigung des jetigen fällt ihm gerade schwer genug.

Wenig aussichtsreich dürfte eine Ausdehnung des ostasiatischen Konslikts auch für Sowjetrußland sein. Seine innere Lage vertrüge sicherlich keine äußere Niederslage. Wie schwer es aber ist, in Ostasien militärische Ersolge einzuheimsen, hat Rußland im russisch-japanischen Krieg von 1904/05 ersahren. Dazu wäre Kußsland, wenn es sich mit voller militärischer Kraft im Osten sestlegen müßte, seiner Westgrenze gegen Europa nie sicher. Seine guten Beziehungen zu Deutschland bieten ihm in dieser Hinsicht keine Gewähr, denn Deutschland spielt heute als milistärischer Machtsaktor keine Kolle.

Auch für Amerika steht die geringe Erfolgsaussicht eines militärischen Einsgreifens in Oftasien wohl im Bordergrund seiner Erwägungen. Es hat bisher selbst von der Ergreifung wirtschaftlicher Maßnahmen abgesehen, weil nach einem Reuter-Telegramm aus Washington vom 28. Februar der Kriegs- und der Marinesekretär befürchten, daß solche zu Feindseligkeiten führen würden. Dem will man aber entgehen. Auch Amerika scheint unbedingt für die Lokalisierung des japanischschinesischen Streitfalles zu sein. Unter anderm sicherlich auch, weil jede Ausdehnung desselben und sein voraussichtliches überspringen auf Europa für Amerika den Verlust seiner europäischen Schuldenforderungen und Kapitalanlagen zur Folge hätte.

Daß Frankreich Japan bei seinem Vorgehen gegen China einen starken Ruckhalt geboten hat und bietet, durfte außer Frage stehen. Ob es, im Anschluß baran, weitere Verwicklungen nicht ungern sehen würde, ist eine Frage für sich. Sicher ist nur, daß Frankreichs Stellung in Europa, so stark sie ist, keine endgültig gesestigte ist. Amerika und England haben ihm vor dreizehn Jahren die Gewährleistung dafür verweigert. Sie haben es gehindert, den Versailler Vertrag so auszugestalten, daß durch ihn Deutschlands Wiederausstieg endgültig verunmöglicht gewesen wäre. Was liegt näher, als in einem Augenblick, wo die angelsächsischen Weltmächte auss schwerste in Ostasien festgelegt wären, das Versäumte, vorerst vielleicht einmal nur mit wirtschaftlichen Kampsmitteln, nachzuholen? Zur Sicherheit eines die Vorherrschaft über Europa beanspruchenden Frankreich gehört übrigens auch ein positives Verhältnis zu Kußland. Zur Zeit bieten zwar die militärischen Bundesgenossen an Deutschlands Ost- und Südostgrenze (Polen und die Kleine Entente) genügend Schuß. Aber wer weiß, ob es sich hier um auf Dauer gegründete Staatswesen handelt. Darum bedarf es eines Bündnisses mit einem vom Volschewismus befreiten Kußland. Den Anstoß zur Befreiung vom Bolschewismus könnte aber für Kußland eine kriegerische Verwicklung in Ostasien geben.

Auf alle Fälle spielt die Rucksicht auf solche und ähnliche Ausbreitungsmöglichkeiten bes japanischschinesischen Rrieges in ben augenblicklichen überlegungen ber entscheibenden Grogmächte eine viel größere Rolle, als bas etwa in ben Genfer Aussprachen des Bölferbundes zum Ausdruck tommt. Dort ist eben von den treibenden Rräften, die die Beltgeschichte machen, nicht die Rebe. Im Bolferbund bewegt man sich nie anders als auf einem hypothetischen und akademischen Boben. Man benutt ihn entweder als Fassabe, die das eigene Tun und wirkliche Geschehen ben Augen der Welt entziehen foll. Ober wenn sich in ihm Bestrebungen befunden, bie einem nicht paffen, bann legt man ihn lahm. Dabei - und bas ift bie einbrucksvolle Lehre dieser letten Wochen und Monate — ist dem Frieden vielleicht in Wahrheit viel besser gedient, wenn das geschieht, als wenn in das weltpolitische Beschehen nach ben Vorschriften und Regeln ber Genfer Ginrichtung eingegriffen wurde. Ber bietet uns benn Gemahr, daß wir nicht bereits in ben Anfangen eines neuen Weltfrieges drin ftedten, wenn ben Forderungen, die ber Bolferbundsvertrag stellt und die entsprechend auf der eben zu Ende gegangenen außerordent lichen Bersammlung erhoben worden sind, nachgelebt und gegen Japan der Guhnetrieg in Bang gesett worden ware?

Ift "Bölkerbunds"-Politik also nicht vielleicht unter allen Umständen eine illusionäre Politik? Eine Politik, die nicht zu dem Ziele führt, dem sie dienen will: der Gerechtigkeit und dem Frieden; und eine Politik, die zu etwas anderem sührt, als in unserm eigenen und im Interesse aller Andern liegt? Sicher aber dürsen wir eins nicht: aus dem Zusammenbruch einer Welt politischer Ideale und Ziele, wie wir ihn in den vergangenen Wochen und Monaten erlebt haben, die Folgerung ziehen, daß nun überhaupt nicht mehr um die Durchsehung und Geltung einer ausgleichenden Gerechtigkeit im Völkerleben gekämpst werden müsse und könne. Nur einer Erkenntnis müssen wir uns bewußt sein: Gerechtigkeit im Zusammenleben der Völker ist nicht etwas, was sich in Formeln und Regeln einfangen und zum bequemen Gebrauch für lebende und spätere Geschlechter ausbewahren läßt, sondern etwas, was, gegründet auf dem politischen Urteil und dem Verantswortungsbewußtsein der Völker und ihrer Führer, in sortwährendem Kingen und Gestalten immer wieder neu verwirklicht werden muß.

Bürich, ben 12. März 1932.

Sans Dehler.

## Zur politischen Lage.

## Neue Konferenzen und ihr Ergebnis. - Frankreichs Donaupolitik. - Eine Hoffnung weniger. - Hindenburgwahl!

Die politischen Ereignisse überstürzen sich wieder einmal und ihr wirres Durcheinander macht es recht schwer, den eigentlichen Gang der Entwicklung zu erkennen. Der Lärm der in der Nähe sich abspielenden Vorgänge übertönt auch die Nachricht von manchem Vorgang, der vielleicht viel höhere dauernde Bedeustung hat.

Am meisten Ausmerksamkeit erregt hat in der Schweiz das Zusammentreten der Abrüstungskonserenz und der außerordentlichen Bölkerbundsversammlung in Genf. Alle jene Kreise in der Schweiz, die auf eine Neugestaltung der internationas len politischen Beziehungen hoffen und daraushin arbeiten, haben das Gefühl, daß jett für diese Bestrebungen eine entscheidungsvolle Stunde gekommen sei. Sie verssolgen daher die Ereignisse in Genf mit leidenschaftlicher Anteilnahme. Je nach dem Gang der Berhandlungen entstehen neue Hoffnungen und sterben wieder ab. Besreits aber erlahmt das jeweilen so kurzledige Interesse der breiten Offentlichkeit, bevor noch irgend eine Entscheidung gesallen ist.

Um zwei untereinander nicht in unmittelbarem Zusammenhange stehende und boch miteinander verbundene Fragen brehen sich die Genfer Berhandlungen. Bon prattischer Bedeutung für die Gegenwart ift ber Bersuch, ben Bolferbund im dinesich-japanischen Streit doch noch zur Geltung zu bringen. Unbestreitbar ift es ja, daß das völlige Berjagen des Bölferbundsrates in diesem nur allzu klaren Streite das Ansehen des Bölkerbundes aufs schwerste getroffen hat. Jett, im allerletten Augenblicke, sucht man noch zu retten, was zu retten ist. Zweifellos haben auch die kleinen Staaten im Bolkerbunde ben guten Willen, dem Recht auf dem Wege über den Bölkerbund auch im fernen Often zur Geltung zu verhelfen. Sie haben das in der jetigen Bölkerbundsversammlung deutlich bekundet. Aber durchaus unsicher ist es noch, wie weit der Erfolg dieses guten Willens reichen wird. Denn das sieht man ja deutlich genug, daß in diesem Streitfalle nicht die bunte Schar ber kleinern und kleinen Staaten die Entscheidung geben wird, sondern das halbe Dupend der Großmächte. Diese aber zeigen nach wie vor wenig Lust, ihre Machtmittel einzuseben und sich damit in Abenteuer einzulassen, deren Ende und Tragweite heute niemand übersehen kann. Man darf sich beshalb durch das scheinbare Nachgeben der Japaner und durch die verhältnismäßige Ruhe im fernen Osten nicht täuschen lassen. Tatsächlich beharren ja die Japaner auf ihren Stellungen und man darf mit aller Bestimmtheit erwarten, daß sie ihre Herrschaft in der Mandschurei durch keine Bölkerbundsbeschlüsse werden antasten lassen. Es wird deshalb recht interessant sein zu beobachten, wie sich die Leiter bes Böllerbundes schlieglich aus dieser Zwidmühle befreien werben.

Praktische Bedeutung in der allernächsten Zukunst werden im Gegensatzu der eben erwähnten mandschurischen Frage die Abrüstungsverhandlungen kaum gewinnen. Der erste Ansturm mit dem großen Ringen um die Gewinnung der öffentslichen Meinung ist vorüber. Die großen Reden zum Fenster hinaus sind gehalten. Jett wird in den Kommissionen wiederum der alte Kampf durchgesochten, der die Schwächung des Gegners ohne eigene Schwächung zum Ziele hat. Führer ist dabei Frankreich, das sich unter der geschickten Hand Tardieus eine Reihe von Ansangsersolgen geholt hat. In diesem Kampse aller gegen alle sind aber noch so viele Aberraschungen möglich, daß heute niemand etwas über den Ausgang sagen kann oder wenigstens nicht mehr sagen kann, als daß die Aussichten sür einen greifsbaren Ersolg nach wie vor gering sind. So wird sich noch genug Gelegenheit bieten, auf diese Fragen zurückzukommen!

Während so in Genf über die Neuordnung der Beziehungen zwischen den Bölstern und über die dafür aufzustellenden oder heute schon geltenden Formen gestritten wird, wird gleichzeitig in Europa an so manchem alten Kampspunkte heftig gerungen. Die enormen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die gegenwärtig alle Staasten erleben mussen, geben vielsach den Anlaß dazu.

So versucht Frankreich neuerdings seinen alten Plan eines Zusammenschlusjes ber österreichischen Rachfolgestaaten unter frangosischer Führung zu verwirtlichen. Das alte österreichisch-ungarische Doppelreich hat man zerschlagen und versucht jest wieder etwas Neues zusammenzuflicken. Das alte einheitliche Band im Donaubeden murde zerschnitten, weil es Rugland, Italien und Frankreich als störend und hemmend empfanden. Jest suchen sowohl Italien wie Frankreich eine Ginigung jeweilen in ihrem Interesse zu Stanbe zu bringen und dabei hat wieber einmal Frankreich die Oberhand und die Führung entsprechend seiner wiederum so mächtigen Stellung in Europa gewonnen. Es hält heute wohl Ofterreich und Ungarn infolge der Wirtschaftsnot für genügend mürbe, um sie mit seinen drei bewährten Basallen Rumänien, Sübstawien und Tschechstowakei zusammenzuspannen und damit Deutschland im Suboften und Italien im Nordosten völlig abzuriegeln. Dabei barf man fich burch bas angebliche Beranziehen Deutschlands zu biefer Gruppierung nicht täuschen lassen; bas Biel Frankreichs bleibt tropbem bie eigene herrschaft im Donaubeden und die weitere Gintreisung Deutschlands und die Absperrung Italiens. Diesem Ziel strebt Frankreich mit einer erstaunlichen Zielbewußtheit zu, ber man die Bewunderung nicht versagen tann. Freilich so rasch wird es nicht zum Biele tommen, ba die Biderstände zu lebhaft sind, und Stalien wird sich sicher mit allen Mitteln gegen eine Durchführung ber italienischen Blane gur Behr feben. Das läßt voraussehen, daß es im Donaubeden in ben nächsten Monaten lebhaft zugehen wirb.

Dabei muß mit aller Deutlichkeit betont werden, daß Frankreich heute im Donaugebiet unter dem Deckwort der Neugliederung Europas nichts anderes bestreibt als Machtpolitik der alten Art. Wieder verwendet es in geschickter Weise die Schlagworte einer neuen Zeit für seine traditionelle Politik. Man darf sich aber badurch nicht irreführen lassen. Auf diesem Wege gelangt man nicht zu einem organischen Neuausbau Europas, sondern bloß zu einem neuen Machtsustem, eben dem französischen!

Die Aussichten für einen europäischen Neuausbau erscheinen auch sonst heute trot dem wirtschaftlichen Druck keineswegs günstig. Im Gegenteil, man muß sestesstellen, daß gerade jett wieder sehr viel geschieht, das das europäische Klima aussschwerste bedroht; man muß einen Kückschritt an den verschiedensten Stellen sestenageln. Nirgends wird einem das deutlicher, als wenn man die Gestaltung des Minderheitenproblemes versolgt. Auf die Bedeutung einer befriedigenden Regeslung des Schicksals der nationalen Minderheiten für die Gestaltung der europäisschen Zukunst brauche ich an dieser Stelle nicht mehr hinzuweisen. Nichts ist geseigneter, jede Einigungsmöglichkeit in Europa sicher zu vernichten, als die grenzenslose Erbitterung über die Mißhandlung der nationalen Minderheiten, die Tag für Tag von neuem die Völker erfaßt. Deshalb war auch die Minderheitenbewegung mit allen Bestrebungen zur Regelung des Loses der nationalen Minderheiten ein so wichtiger praktischer Schritt nach einem neuen, besser gefügten Europa hin!

Was ist aber heute von diesen hoffnungsvollen Bestrebungen verwirklicht worben, was ist auch nur von den vorhandenen Ansähen erhalten geblieben? Wenig, blutwenig! Das Los der nationalen Minderheiten ist so unsicher wie nur je und fast alle stehen in einem ständigen, aufreibenden Kampse um die primitivsten Lebenserechte. Man denke an Südtirol oder an Elsaß-Lothringen! Neuerdings fällt auch so manches zusammen, was an hoffnungsvollen Ansängen in den Nachkriegsjahren erreicht worden war. Ein Beispiel dasür ist Lettland. Dort hat zwar der lettische

Nationalsimus in der ersten Zeit nach dem Umsturz von 1918 und nach der Entsstehung eines selbständigen Lettlands erhebliche Triumphe geseiert. Dann aber ist es allmählich zur Herausdildung eines erträglichen Gleichgewichtszustandes gestommen. Lettland gewährte seinen nationalen Minderheiten einigermaßen Atemssreiheit und vor allem eine befriedigende Regelung der Schulverhältnisse. Seit einiger Zeit aber ist der lettische Nationalismus wiederum bestrebt, die Minderheiten nach Kräften zu erbittern und vor den Kopf zu stoßen. Es ist gerade, wie wenn man die frühere Vernunft bereuen würde, so unvernünftig sührt man sich heute auf. Die Hauptsache haben dabei die Deutschen auszuhalten, aber auch die Russen, die Polen usw. bleiben nicht verschont.

Ist so hier ein empfinblicher Rückschritt zu verzeichnen, so wechseln in den meisten andern Staaten ersreuliche und unerfreuliche Ereignisse sür die Mindersheiten ständig ab, wobei die unerfreulichen meist erheblich zahlreicher sind. Die heutige Zeit mit der Lockerung des Rechtsgefühls, mit der Allmacht des Staates und mit den vielen politischen und wirtschaftlichen Schwankungen gibt ja genügend Gelegenheit zum Mißbrauch der Macht gegenüber den Minderheiten. So ergibt sich insgesamt eine sehr traurige Bilanz, die Europa um eine Hoffnung ärmer macht. Was hilft es unter solchen Umständen, wenn man große Deklamationen über die gemeinsamen Interessen der europäischen Völker und über die dringende Notwendigkeit des Zusammenschlusses veranstaltet? Es handelt sich darum, praktische Wege zum europäischen Zusammengehen zu sinden, und heute ist man eifrig daran, jeden gangbaren Weg zu vermauern und zu verrammeln!

Am bezeichnendsten für diese Fortentwicklung der Dinge scheint mir immer wieder das Berhalten Litauens zu sein. Wir haben in den letten Bochen wieder erleben können, wie sich dieser kleine Räuberstaat unbekümmert über alle unterzeichneten Berträge hinwegsett, die von den europäischen Großmächten garantiert sind. Wir haben es mit angesehen, wie der Bölkerbund dem festen Willen Litauens gegenüber nichts machen konnte oder wollte. So reisen denn auch im Memelgebiet die Dinge einer neuen gewaltsamen Entscheidung entgegen. Was aber taugt eine Rechtsordnung, die von einer beliedigen Gewaltregierung eines mühsam auf einem Beine sich aufrecht erhaltenden Staates in aller Offentlichkeit hohnlächelnd verspottet werden kann? Ist das ein Fingerzeig in eine hoffnungsvolle Zukunft?

. . .

Inzwischen schleppen die einzelnen europäischen Staaten ihre Bürde weiter. Frankreich merkt nach und nach auch etwas von der Wirtschaftskrise, wenn auch immer noch recht wenig. Die neutralen Staaten mit ihrer sest gefügten Wirtschaft sind schwer betroffen. Die Agrarstaaten des Ostens aber und die Besiegten des Weltkrieges mussen außerordentlich hart durch, mit oder ohne französische Kredite.

Unter bem Drucke dieser Entwicklung steht auch die Gestaltung der innern Lage Deutschlands. Sehr weite Kreise der Bevölkerung sind hier so weit gekommen, daß sie nach jeder, auch der phantastischsten Hossnung greisen. Die Gegenwart erscheint so schlimm, daß die Zukunft kaum mehr etwas Schlimmeres bringen kann. Also ist man zu jedem Abenteuer bereit und geneigt, jede Bersprechung auf ihren Inhalt durch die Tat nachzuprüsen. Aus dieser Geisteseinstellung zieht manche religiöse Bewegung ihren Ruten, aber ebenso auch der politische Kadikalismus. Das ist kein Bunder, während es schon eher ein Bunder zu nennen ist, daß unter einer solchen Belastung die seste Form des Staates und die Anhänglichkeit der Massen an das Altbewährte immer noch Stand gehalten haben.

Wohl erkennt man, daß die Notzeit dem Kommunismus Auftrieb verschafft hat und Moskau nütt diese Gunst der Lage weidlich aus. Aber immer noch ift diese Bewegung bei weitem nicht so fortgeschritten, daß sie zu einer eigentlichen Gesahr werden könnte. Unter Verhältnissen wie 1918, bei einem allgemeinen Zu-

sammenbruch der staatlichen Macht, wäre der Kommunismus allerdings näher an seinem Ziel als vor 15 Jahren. Aber heute ist man in Deutschland in der Be-handlung der äußersten Linken schon so ersahren, daß da nichts zu befürchten ist. Die kommunistischen Massen in den Großstädten und Industriebezirken werden die Polizei nicht mehr überrennen können, wenn nicht Bürgerkrieg ist oder ein äußerer Feind alle Kräfte in Anspruch nimmt.

Weit stärker ist der Zuzug unter dem Drucke der Not auf der äußersten Rechten, bei den Nationalsozialisten. Hier ist noch eine unverbrauchte Idee und eine unverbrauchte Kraft, der man etwas zutrauen kann. Deshalb schwillt die Bewegung immer weiter an und bohrt sich auch den alten über einen gewaltigen Apparat versügenden Parteien allmählich ins Lebensmark. Die Sozialisten merken das start und auch das Zentrum spürt es bereits. Völlig zerrieben werden die vielen kleinen Gruppen ohne großen Parteiapparat, ohne seste Tradition, ohne starken Zusammenhang. Die zerspaltene bürgerliche Mitte sinkt so allmählich zur

Bedeutungslosigkeit herunter.

Diese Entwicklung hat sich wiederum bei der soeben vollzogenen Reichspräsibentenmahl gezeigt, über die nun die ersten vorläufigen Bahlen vorliegen. Die Lage hiefür war allerdings eine äußerst verwickelte. Bor dem Ansturm der Nationalsozialisten scheint heute all ben frühern Gegnern Sindenburgs in seiner Persönlichkeit bie einzige Rettung zu liegen. Beder bie Sozialisten noch bas Zentrum noch bie Demokraten haben es heute auf eine eigene Kandidatur ankommen lassen. Alle verkrochen sich hinter Sindenburg, hinter ber einwandfreien Berfonlichkeit mit bem gewaltigen Ramen. So ergab sich eine völlig veränderte Front gegenüber ber letten Reichspräsidentenwahl. Die Rationalisten haben mit den Regierungsparteien nicht zusammenspannen wollen und jind beshalb mit eigenen Randidaturen aufgetreten. Sie wollten eben nicht mehr warten mit bem Ergreifen ber Macht; wenn das mit Hindenburg nicht ging, so sollte es eben ohne ihn gehen. Db die Leute um Sitler wiederum wie bei dem Münchner Butsch nicht haben warten fonnen? Denn barüber mußte man fich boch flar fein, daß die perfonlichen Bindungen an hindenburg Millionen von Mählern und vor allem Bählerinnen zur Stimmabgabe für hindenburg bewegen wurden, die sonst nie und nimmer für die Linke eingetreten wären: Das Personliche läßt sich eben aus der Politit nicht ausschalten.

Der erste Wahlgang hat denn auch eindeutig in diesem Sinne entschieden. Nicht einmal die Tatsache, daß heute kein anderer Linkskandidat aufgestellt war als Thälmann hat den Kommunisten Zuwachs zusühren können. Die Deutschnationalen haben mit ihrem Kandidaten einen sehr magern Ersolg gehabt. Die Nationalsozialisten haben auf Hitler eine sehr respektable Stimmenzahl vereint, die ein erneutes starkes Unwachsen ihrer Bewegung verrät. Über alle aber ist Hindenburg weit hinausgekommen. Die sozialistischen Arbeiter müssen ihm restlos gestimmt haben und dazu Millionen aus dem nationalen Lager. Die Persönlichkeit hat obenaus geschwungen und zwar verdienter Maßen. Die "nationale Opposition" hat sicher eine schwere taktische Niederlage erlitten, die ihrem Mangel an psychologischem Verständnis zu verdanken ist. Gerade diese Kreise hätten gegen Hindenburg nicht offen Front machen dürsen.

Aus dieser Lage ergibt sich eine sehr schwierige Entscheidung für den zweiten Wahlgang und eine erneute Berstärkung des innerpolitischen Durcheinanders in Deutschland. Es ergibt sich aber auch eine erneute Berstärkung der Staatsgewalt und eine Betonung der Politik der vernünftigen Mitte.

Marau, ben 14. März 1932.

Settor Ummann.

#### Bericht aus dem Deutschen Reiche.

Die deutsche Politik steht nach wie vor im Zeichen der nationalen Opposition, welche in einem eigentümlichen Minderwertigkeitsgefühl ihre eigene Bedeutung unterschätt. Der Begriff des Zusammenspiels und der Zusammengehörigkeit von Regierung und Opposition ist bei und so wenig durchgedrungen, daß die Opposition ihr einziges Ziel in der Ergreifung der Macht erblickt. Ganz selten kommt ihr der Gedanke, daß die Oppositionspolitik als solche schon eine politische Leistung mit bes beutsamen politischen Eigenwirkungen sein könne.

Diese Gegenwirkungen sind seit zwei Jahren im Reiche vorhanden und von seltener Tragweite. Mit Hilse der nationalen Opposition hält Brüning den Marxis-mus in einer Weise in Schach, wie dies seit 1914 nicht mehr der Fall war. Wer noch daran zweiselte, daß die Linke in ihrer überlieserten Gestalt verloren ist, daß für eine Partei wie die deutsche Sozialdemokratie die Zukunft in der Vergangenheit liegt, weil keine Idee sie mehr befruchtet und kein junger Mensch mehr sür sie aussteht, der dürste durch die letzten Jahre eines Bessern besehrt sein. Die Angst vor dem Faschismus läßt sie alles schlucken, treibt nationale Leitartikel in die Federn ehemals überzeugter internationaler Klassenkümpfer. Worum seit 15 Jahren vergeblich in Deutschland gerungen wurde, ist nun erreicht: die allgemeine Nastionalisierung, das Erwachen der Nation. Es gibt zur Zeit keinen Menschen in Deutschland, der beispielsweise die Weiterzahlung der Tribute auch nur in Erwäsgung ziehen dürste.

Bruning, ber über bie Bureaukratie und hindenburg, der über die Reichswehr herricht, bilben zusammen ben tertius gaudens zwischen der Rechten und ber Linken. Die Mitte ift an und für sich nichts mehr als ein Abstimmungsapparat, ba ja der deutsche Reichstag mittlerweile zum bestbezahlten Aufsichtsrat des Reiches geworden ift. Brunings Macht beruht barauf, daß er zum "Spftem" gerechnet wird, es auch bis zu einem gemiffen Grabe erhalt, prattifch aber gegen bas Spftem regiert und wirkt. Er steht im Grunde weit rechts und kann nur eine konservative Politik machen, weil die Opposition ihm die Niederhaltung des Liberalismus ermöglicht. Deshalb ist auch die Front, die Brüning stütt, viel breiter, als sie parlamentarisch in Erscheinung tritt. Hinter bem Reparations-Nein Brunings steht prattisch die ganze Nation und auf einer Lausanner Ronferenz durfte tein Staats= mann eine stärkere Stellung haben benn Brüning. Obwohl ich selber ber nationalen Opposition mich geistig zurechne, bin ich boch bagegen, bag die großen außenpolitischen Berhandlungen von einem beutschen Rechtsfabinett geführt werben. Ein solches mußte nachgiebiger sein als Brüning, weil es auf keine Opposition verweisen fann, ihm das Odium des Nationalismus anhaftet und das Augland mit der deutichen Linken techtelmechteln murbe.

Aus diesen außenpolitischen Gründen ist die Wiederaufstellung Hindenburgs als Reichspräsidentschaftskandidat ein Glück. Abrüstungs und Reparationskonserenz wird besser von einer Regierung durchgekämpst, hinter welcher offiziell die sozialdemokratische Partei steht, vorausgesett, daß dieselbe nichts zu sagen hat, wie dies heute der Fall ist. Die Agitation der neuen französischen Machthaber ist schon so übersteigert, daß eine nationalistische Regierung in Deutschland gefährliche Aussbrüche in Paris besürchten ließe. Frankreich fühlt seine zunehmende Isolation, spürt die Friedlosigkeit Europas, das unter seiner Hegemonie nicht zur Auhe kommen will und nicht kann. Den mitteleuropäischen Raum in dauernder Ohnmacht zu halten, wird ihm nicht gesingen; das Versailler System ist als Quell der Anarchie entlarvt. Die Weltmeinung wandelt sich rasch und unaufhaltsam. Der einzige seste Halt in dieser Flut dahinschwimmender Islusionen ist der französische Militarismus. Kein Wunder, daß bei dieser hilssosen und unschöpferischen Lage in Frankreich der Gedanke an Boden gewinnt, Europa in ein Abenteuer bewassere Art zu stürzen.

Der innere Zustand Frankreichs ähnelt dem des Jahres 1913. Die polnische Presse fordert offen den Aberfall auf Danzig und Ostpreußen, die Litauer haben im Memelland einen "Probealarm" geblasen: eine europäische Gesamtsituation, in welcher alles von den kühlen Nerven des deutschen Bolkes und seiner Lenker abhängt.

Biele außerhalb ber beutschen Grenzen werden ben Widerstand gegen die Brafibentschaft hindenburgs - gerade nach den obigen Ausführungen - nicht begreifen. Sie vergeffen zunächft, daß die inneren Buftande im Reiche nach Enticheibungen rufen. Bei aller Berehrung für ben Felbmarschall weiß man aber, bag seine Prasidentschaft Entscheidungen verhindern wird. Das hohe Alter sowohl als auch die im Grunde "unpolitische" Einstellung bes großen Marschalls erlauben ben Austrag großer Gegensätze nicht. Alle Entscheidungen werden vertagt und beshalb ist es verständlich, wenn auch die Reichsbureaufratie und die Reichswehr es lieber gesehen hatten, wenn einer aus ihren Reihen für sieben feste Sahre gemählt worben mare, um biefes grandiofe Spiel gouvernementaler Ausnützung ber Mittelposition zwischen links und rechts fortzuseten. Aber sowohl Gröner als auch Bruning sind jich barüber flar, bag bie Mitte über feinen Mann verfügt, ber nur einigermaßen die Popularität hindenburgs ersepen konnte. Der zweitpopulärste Mann in Deutschland heißt Adolf Sitler und beshalb mare unter Umftanden im zweiten Bahlgange diesem die relative Mehrheit zugefallen, wenn ein "Spftempolititer" (g. B. Gegler) als Wegenkandibat Sitlers aufgetreten mare. Deshalb ift ber Felbmarichall zur Beit unentbehrlich.

Die Opposition hat von ihrem Standpunkt aus Recht, wenn sie in der Wiederwahl hindenburgs eine Berlangerung bes "Systems" erblidt. Sie lehnt nicht die Berson Sindenburgs ab, sondern ben politischen Schut Brunings; fie wendet fich nicht gegen die Ginftellung Sindenburgs in ben großen Fragen ber Politit, sonbern gegen ben Reichsprafibenten, ber bie Rechte nicht ans Ruber tommen lagt. Gie übersieht mahrscheinlich die Tragweite der oben ausgeführten außenpolitischen Bebankengange, unterschätt vielleicht auch bie Starke ber Linken. Go fehr biefe heute burch bas Borhanbensein ber Rechtsopposition gelähmt ift, so attib tonnte fie borübergebend noch einmal werben, wenn fie aus ber Berantwortung entlaffen, fic mit ber Mitte zu brutalem Wiberftand gegen eine event. Rechteregierung gusammen. fanbe. Zwar fann berjenige, ber Politif aus geschichtlichem Gefühle heraus treibt, ber Linken niemals eine Regeneration von Dauer prophezeien. Aber die Möglichteit eines Johannestriebs kann man ihr umso mehr zubilligen, als die Rechte noch nicht fertig, ihre geiftige Durchbringung noch nicht vollendet ift. Bielleicht erlaubt auch die außenpolitische Situation noch nicht jenes Mag von Bewegungsfreiheit, ohne das der deutsche Nationalismus sich niemals schöpferisch entfalten tann. Aber bas alles find Ermägungen, bie innerhalb ber "harzburger Front" gur Beit nicht burchbringen, weil dieselbe in ihrem Machtwillen unbeirrbar und von ihrem Endsiege überzeugt ift.

Der taktische Weg, der zur Wiederwahl Hindenburgs begangen wurde, war ebenfalls nicht geeignet, die Rechte zu seinem Betreten zu verlocken. Wer sich ersinnert, mit welchen Schmähungen die große demokratische Presse vor sieden Jahren die Wahl Hindenburgs bekämpste, darf sich nicht wundern, wenn die Rechte, die damals den Feldmarschall auf den Schild hob, in der heutigen "Ullsteinbegeisterung" sür Hindenburg lediglich politische Taktik sieht. Der Anstoß zur Wiederwahl Hindenburgs ging nun von München aus. Wie aber die Sache in Berlin weiterbetrieben wurde, war wenig erfreulich. Herr Sahm, der von Danzig gekommene neue Oberbürgermeister Berlins, war noch in der antiquierten Vorstellung besangen, als müsse man in Deutschland um die Linke werben. Es ging aber im Gegenteil darum, die nationale Opposition nicht zu verprellen und ihr die Wiederwahl Hindenburgs zu ermöglichen. Dies wurde versäumt und so die schon ins Wanken gekommene Harzburger Front wieder neu gesestigt.

Borläufig allerdings nur in der Negation. Auch Harzburg bot dieses Bild der Rivalität zwischen Hugenburg und Hitler. Hat dieser Phantasie und revoslutionären Elan, so jener den harten Willen und eine gewisse staatsmännische Überlegenheit. In Harzburg siegte Hugenberg über Hitler zum ersten Male, dei der Brüning'schen Aftion zur parlamentarischen Berlängerung der Reichspräsidentschaft Hindenburgs rang er Hitler zum zweiten Male nieder. Man sagt, Brüning, Gröner und Hitler seien sich einig gewesen, dis Hugenberg dazwischen gesahren wäre. Was in den nächsten Wochen nun geschieht, die Einigkeit der nationalen Opposition nach außen hin herzustellen, weiß niemand. Die Ausstellung Hindenburgs hat die deutschnationale Partei in schwere Verlegenheit versetz, besonders den Stahlhelm (dessen Chrenvorsitzender Hindenburg ist) und auch die Nationalsozialisten tun sich schwer in der Bekämpfung des deutschen Nationalheros. Andererseits dürste Hindensburg nicht abgeneigt sein, eine Geste nach rechts zu machen, die wahrscheinlich darin besteht, daß er irgendwelche Pläne, die Preußenwahlen zu verzögern, verhindern dürste.

So sehen wir im Reiche ein erbittertes Ringen ber Diktaturanwärter (Reichswehr und Bureaukratie mit Brüning - Hugenberg - Hitler) um die Macht. Die Linke
und die Mitte schaut dabei zu und dürfte solange keine bedeutsamere Rolle bei dem
ganzen spectaculum spielen, als nicht die Rechte eine entscheidende Dummheit macht.
Denn das Verhängnis der Linken ist, daß sie in jener Zeit, da sie die Möglichkeiten
hatte, den deutschen Diktator zu stellen (Noske), in uferlosen Parlamentarismus
versiel. Da dessen Zeiten endgültig vorüber sind, wächst die Macht zwangsläusig
den Diktaturanwärtern zu.

Aber es ist selbstverständlich, daß Deutschland auf die Dauer nicht mit dem Artitel 48 regiert werden fann. Gin Notparagraph ift feine Berfaffung, fonbern ein Instrument, sie außer Rraft zu seben. Ginmal also muß ein neues Staatsgrundgeset geschaffen werben, einmal gilt es, ben Greignissen nicht nachzuhinken, jondern fie ichöpferisch zu gestalten. Dann schlägt die Stunde der Entscheidung, bann wird jich zeigen, wohin die politische Initiative innerhalb bes beutschen Volkes gewandert ift. Für mich besteht fein Zweifel, daß bem beutschen Nationalismus Die geistige und politische Butunft gehört. Ob er aber icon reif für fein großes revolutionares Werk ift, fann bezweifelt werben. Noch ift die Syntheje zwischen ben geistigen und politischen Kräften nicht vollzogen. Zwar achtet jeder ernsthafte Geistige heute in Deutschland die Dynamik und die Ethik der nationalen Bewegung. Aber es sind nicht wenige, die beren politische Schöpferkraft gur Zeit noch bezweifeln. Deshalb seben sie in Bruning und hindenburg nicht nur die Liquidatoren ber befaitistischen Epoche Nachkriegsbeutschlands, sondern auch den Schirm, hinter welchem sich ber Aufmarsch ber neuen Front vollzieht. Es ist nun eine Frage ber Ginsicht und ber Aberzeugung, als wie weit gediehen man ben beutschen Reifungsprozeß ansieht. Die einen fagen, "es ist so weit", die anderen warnen, weil sie die Rompliziertheit deutschen Wesens und beutscher Entwicklung aus der Geschichte erfannt haben. Sie icheuen auch zurud, die lette beutsche Reserve fruhzeitig einzufeten. Denn aus allem wird immer flarer, daß Frankreich die lette Belegenheit gekommen sieht, bas Beltbild in seinem Sinne zu gestalten. Der deutsche Regenerationsprozeß darf deshalb durch keine Abenteuer auf das Spiel gesett werden. Rückschläge sind nach Möglichkeit zu vermeiden. Es wäre deshalb für die Führer ber nationalen Opposition im Reiche munschenswert, wollten fie die tiefen Bujammenhänge und die Ginheit aller politischen Rrafte in Deutschland erkennen und als das lette Ziel der Opposition nicht die alsbaldige Machtergreifung, sondern bie Ausbalancierung der nationalen Kräfte sich immer vor Augen halten. Die Reichspräsibentenwahl, ihr Berlauf und ihr Ausgang wird im Gesamtbilde vieles klären und mein nächster Bericht, den ich nach der Wahl erstatte, ist wahrscheinlich

an Problematik ärmer, an positivem Wissen reicher. Hoffentlich ein Wissen, bas ben Glauben an die wachsende Selbstbesinnung bes beutschen Bolkes stärkt.

München, Mitte Februar 1932.

Ebgar J. Jung.

## Kultur-und Zeitfragen

## Die "faulen" Neger.

Eine Pariferin reift per Auto durch ben Rongo. Auf ben kleinsten Stationen begrüßen sie freudig blickende Neger. Der Tisch des Kommandanten ist einladend und geschmackvoll gebeckt. Er sagt ihr die sugesten Liebenswürdigkeiten. Hulbvoll schenkt sie drum mancher Station die Ehre eines vollen Tagesbesuches. Weiblich weiß wie sie wieder zuhause ist, schreibt sie ein Buch über bie Schwarzen. Weiblich weiß sie sich zu entruften, daß es so schwer sei, ben Negern Bedurfnisse beizubringen. Oft finde fich nichts in einer hutte als eine Matte und ein irbenes Gefag. Es brauche gewaltige Anstrengung, bis der Neger nur einsehe, daß zwei Matten bequemer als eine. Ist zwar der erste Schritt getan, so folgen die weiteren mühelos. Sieht ber Schwarze in einem Laden bunte Tücher vor sich liegen, so wünscht er sie sicherlich auch zu erwerben. Und da er das einzig kann, wenn er sich zur Arbeit entschließt, unterzieht er sich ihrer. Solange arbeitet er jest, bis bas Beld zum ersehnten Ankauf beisammen ist. Nun freilich hat unsere Pariserin Grund zu noch weiterer Empörung. Die Anpassung des Primitiven an unser Wirtschafts= shstem geht ihr viel zu wenig geschwind vonstatten. Ein bis zwei Tage Arbeit genügen bem Neger ber einzigen Matte, seinen nächsten Bunsch zu befriedigen. Blüdlicherweise gelangt sie später in andere Begenden, die icon soweit zivilisiert sind, daß die Schwarzen acht und zehn Tage im Monat arbeiten. Und zulett barf sie wieder nach Europa zurückfehren, wo alle Leute zivilisiert sind und sich unaufhörlich placken und boch jeden Tag neue Bedürfnisse in sich entdecken, die zu befriedigen sie künftig noch mehr arbeiten werden.

Merkwürdig eigentlich, daß jene Neger, die vollkommen von der Zivilisation beledt worden sind, das Argernis sowohl ihrer weißen wie schwarzen Brüder erregen. Roger Martin bu Gard berichtet auf Grund feiner Reife in Bestafrita, die senegalesischen Schüten, die aus Frankreich in ihre Dörfer zuruckkehrten, seien allgemein als Berftorer ber Sitten und wahrhaft heilloses Bad gefürchtet. Underfeits: miffen unfere Landsleute, die Amerika besuchten, nicht immer wieder bon ber abgrundtiefen Melancholie zu erzählen, auf benen die Luftigkeit des Jazz zulett aufgebaut ift? Berhält es fich nicht fo, daß hinter diesem eigenartigen Beitrag Amerifas zur Zivilisation im tiefften Grunde die Sehnsucht bes von ber Maschine zerftorten Beigen ftedt, die Sehnsucht nach ber Unbefümmertheit bes feine Feste rauschhaft seiernden schwarzen Naturmenschen? Da aber ber Jazz nicht von Negern erzeugt wird, sondern von Weißen — oder, wenn von Negern, doch nicht von unzivilifierten, sondern von amerikanifierten -, so ift es kein naturhafter Triebtaumel, ber baraus spricht. Es ist nur die Groteste bavon. Die rauschende Orgiastit Ufritas — im Nazz ist sie verzerrt ins Fragenhafte! Böllig klar wird es im spnchronisierten Film, wo sich die musikalische Frate der zeichnerischen in widerlichster Beise vermählt.

Steht nun aber — gewichtige Frage — diese geheime Sehnsucht nach Afrika nicht in Beziehung zu unserem Berhältnis zur Arbeit? Wie, wenn es nicht mehr stimmte mit ihrer Heiligkeit, wie, wenn das "Arbeiten und nicht verzweifeln"